

Niederschrift
über die 9. Sitzung des Sozialausschusses
am 17.01.2023 in Köln, Horion-Haus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Wehlus, Jürgen
Dr. Leonards-Schippers, Christiane
Nabbefeld, Michael
Dickmann, Bernd
Renzel, Peter
Stolz, Ute
Braumüller, Heinz-Peter

für: Cleve, Torsten

für: Petrauschke, Hans-Jürgen

für: Wörmann, Josef

SPD

Bozkir, Timur
Kox, Peter
Kucharczyk, Jürgen
Schmerbach, Cornelia
Scho-Antwerpes, Elfi

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kresse, Martin
Peters, Jürgen
Schäfer, Ilona
Gerlach, Lisa
Zsack-Möllmann, Martina

für: Blanke, Andreas

für: Tadema, Ulrike
Vorsitzende

FDP

Nüchter, Laura
Pohl, Mark Stephen

AfD

Nietsch, Michael

Die Linke.

Detjen, Ulrike

Die FRAKTION

Peyvandi, Shekoofeh

Gruppe FREIE WÄHLER

Dr. Grumbach, Hans-Joachim

Verwaltung:

| | |
|---------------------|--------------------------|
| Herr Lewandrowski | LR 7 |
| Frau Dr. Schwarz | LR 5 |
| Herr Beyer | Fachbereichsleitung 53 |
| Herr Schulzen | Fachbereichsleitung 72 |
| Herr Dr. Schartmann | Fachbereichsleitung 73 |
| Frau von Berg | Fachbereichsleitung 74 |
| Frau Krause | Stabstellenleitung 70.10 |
| Herr Knips | 71.01 |
| Herr Dr. Wiederer | 74.60 |
| Herr Derksen | 74.60 |
| Frau Diederichs | 74.60 |
| Frau Wollschläger | 74.31 |
| Frau Kaiser | 21.11 |
| Frau Stenzel | 71.11 (Protokoll) |

Gäste:

| | |
|--------------------|-------------------|
| Herr Freibert-Ihns | KoKoBe Düsseldorf |
| Frau Bauer | KoKoBe Köln |
| Herr Schuster | KoKoBe Köln |
| Herr Holtappel | KoKoBe Köln |
| Herr von Kruedener | Die FRAKTION |
| Herr Kneutgen | Schülerpraktikant |

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 8. Sitzung vom 08.11.2022
3. Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote
- 3.1. Vorstellung einer KoKoBe mit Peer Beratung
- 3.2. Weiterentwicklung der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe) **15/1387 E**
- 3.3. Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2023 **15/1394 E**
- 3.4. Abschlussbericht zum Projekt Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) Teilprojekt BTHG 106+ **15/1388 K**
4. Projekt "Digitales Dezernat 7" **15/1362 K**
5. Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation **15/1390/1 K**
6. Bericht über die Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeit als Zuverdienst **15/1420 K**
7. Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff SGB IX **15/1418 B**
8. Anpassung der Richtlinie des LVR-Landesjugendamtes Rheinland zur Anerkennung von Vormundschaftsvereinen gem. § 54 SGB VIII **15/1326/1 K**
9. LVR-Europa-Projektförderantrag "Hellas II – Fortführung des professionellen Austausches und fachlichen Dialoges zur Verbesserung der Behindertenarbeit in Nordgriechenland-Thessaloniki" **15/1366 K**
10. Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses **15/1414 B**
11. Beschlusskontrolle
12. Anfragen und Anträge
- 12.1. Anfrage: Fortbildung zum Prüfer / zur Prüferin Leichte Sprache **Anfrage 15/49 GRÜNE K**
- 12.1.1. Beantwortung der Anfrage 15/49 GRÜNE
- 12.2. Errichtung eines Inklusionsbetriebes in der Abtei Brauweiler **Antrag 15/79 SPD, CDU K**
13. Bericht aus der Verwaltung

14. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Ende der Sitzung: Uhr

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Schulzen als neuen Fachbereichsleiter 72 und wünscht ihm einen guten Start.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Nietsch beantragt, TOP 3.2 und 3.3 zu tauschen.

Der Sozialausschuss lehnt diesen Antrag **mehrheitlich** gegen die Stimme der AfD ab.

Punkt 2

Niederschrift über die 8. Sitzung vom 08.11.2022

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 3

Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote

Punkt 3.1

Vorstellung einer KoKoBe mit Peer Beratung

Die Vorsitzende heißt die Mitarbeitenden der KoKoBe Köln sehr herzlich im Sozialausschuss willkommen.

Von der KoKoBe Köln stellen sich die Mitarbeiter*innen **Tanja Bauer, Achim Schuster** und **Marco Holtappel** vor und beschreiben ihr Aufgabengebiet. Moderiert wird die Runde von **Herrn Dr. Wiederer** vom Medizinisch-Psychosozialen Fachdienst (74.60). Besonderes ausführlich beschreiben sie die Arbeit der Peer-Beratung und zeigen anhand von Beispielen auf, warum eine Peer-Beratung in vielen Fällen sehr gut geeignet sei, Menschen mit einer ähnlichen Behinderung Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten aufzuzeigen und über die eigenen Erfahrungen zu berichten. Dadurch sei die Beratung viel intensiver geworden, wovon nicht nur die Menschen mit Behinderung, sondern auch beispielsweise die Eltern und auch die Mitarbeitenden selber sehr profitieren.

Als Wunsch für die Zukunft geben sie an, die Peer-Beratung bekannter zu machen und sie schon im Vorfeld vor Antragstellung einzubinden. Ein Fokus solle auf Menschen mit einer geistigen Behinderung liegen, da diese sich selber am wenigsten in politischen Gremien einbringen könnten. Die Öffnung der KoKoBe auf alle Behinderungsarten werde im Hinblick auf eine mögliche Überlastung der Mitarbeiter*innen als kritisch angesehen. Es

wird darum gebeten, zukünftig die KoKoBe-Begleitgruppe stärker und bereits im Vorfeld einzubinden. Als Zeichen der Wertschätzung wäre die Anerkennung der KoKoBe und der Peer-Beratung seitens der Wissenschaft wünschenswert. Der LVR könne stolz darauf sein, diese Form der Beratung eingerichtet zu haben. Ein Flyer der KoKoBe Köln zur Peer-Beratung ist als Anlage beigefügt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Schäfer, Frau Dr. Leonards-Schippers** und **Frau Scho-Antwerpes**. **Herr Lewandrowski** beantwortet die Fragen wie folgt:

In 2018 sei die politische Beschlussfassung des LVR erfolgt, die KoKoBe unter Berücksichtigung von Peer Counseling weiterzuentwickeln (Vorlage Nr. 14/2893). Er weist zunächst darauf hin, dass für die Beratung von Kindern und Jugendlichen von 6-18 Jahren die Zuständigkeit nicht vorrangig beim LVR, sondern bei den örtlichen Eingliederungshilfe- und Sozialhilfeträgern liege; für diese Altersgruppe sei der LVR nur für Leistungen über Tag und Nacht – stationäres Wohnen und Pflegefamilien – zuständig. Bei der Öffnung des Angebots für alle Behinderungsformen würden die unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen berücksichtigt, da sich die Regionen in ihren Strukturen und Angeboten unterschieden. Eine differenzierte Beratungslandschaft, wie z.B. in Köln, stelle sich anders dar als im ländlichen Bereich, wie z.B. in Heinsberg. Zudem würden mit dem Beschluss der Vorlagen zu TOP 3.2 und TOP 3.3 weitere finanzielle Mittel freigegeben, um mehr Personal für die Ausweitung der Beratung auf alle Behinderungsarten einzustellen.

Das Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der KoKoBe sei durch die politischen Gremien beauftragt worden und durch die Verwaltung umgesetzt. An diesem Prozess sei die Begleitgruppe KoKoBe nur indirekt beteiligt gewesen, werde aber jetzt in den Weiterentwicklungsprozess der KoKoBe im Rheinland verstärkt mit einbezogen.

Der Sozialausschuss nimmt die Vorstellung der KoKoBe Köln zur Kenntnis.

Punkt 3.2

Weiterentwicklung der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)

Vorlage Nr. 15/1387

Herr Nabbefeld hält eine Öffnung der KoKoBe für Kinder und Jugendliche für wünschenswert. Außerdem bittet er die Verwaltung, ein Evaluationskonzept zur Weiterentwicklung der KoKoBe mit Beteiligung der KoKoBe-Begleitgruppe und der Sozialdezernent*innen-Tagung zu erarbeiten.

Frau Detjen hält ebenfalls eine Beratung von Kindern und Jugendlichen für äußerst wichtig. Sie freut sich, dass die § 106-er Beratung zur Pflichtaufgabe werde. Sie schlägt vor, bei der Weiterentwicklung der KoKoBe auch die Sprachmittler von Dez. 8 zu beteiligen.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der AfD-Fraktion folgenden **empfehlenden** Beschluss:

1. Der Rahmenkonzeption zur Weiterentwicklung der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen unter Berücksichtigung der LVR-Beratung vor Ort sowie der Peer-Beratung bei der KoKoBe im Rheinland wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt.
2. Den Standards für die Arbeit der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt.
3. Den überarbeiteten Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung von Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderung (Stand 2023) wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt.
4. Der Umsetzung der Weiterentwicklung durch Etablierung von KoKoBe-Verbund-

Koordinator*innen und dem Abschluss von Zielvereinbarungen in allen Gebietskörperschaften bis Ende 2025 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt.

Punkt 3.3

Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2023

Vorlage Nr. 15/1394

Herr Nietsch fragt nach der Anzahl der Beratungen, die im Rahmen der Peer-Beratung durchgeführt würden, und betont, dass sich die Peer-Beratung an wirtschaftlichen Aspekten orientieren solle. Dabei verweist er auf die Haushaltsgrundsätze des § 75 GO NRW. Vor einem weiteren Ausbau der Peer-Beratung schlägt er daher eine Evaluation der Pilotregionen vor. Weiterhin beantragt er, die Abstimmung über die Vorlage zu vertagen, bis diese Evaluation vorliege.

Der Sozialausschuss lehnt daraufhin den Antrag auf Vertagung **mehrheitlich** gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

Herr Kresse, Frau Schmerbach, Herr Renzel, Frau Detjen, Herr Pohl und Frau Schäfer begrüßen die Weiterentwicklung der KoKoBe, die Ausweitung der Peer-Beratung auf alle KoKoBe sowie die weitere finanzielle Unterstützung und sichern ihre uneingeschränkte Unterstützung zu.

Herr Kresse bittet die Verwaltung, zu überlegen, ob der Peer-Ansatz auch bei einem Leistungserbringer im Sinne einer Assistenz möglich wäre und schlägt vor, analog zu den SPZ, eine wechselseitige Supervision unterschiedlicher KoKoBe-Standorte einzuführen.

Herr Lewandrowski sagt zu, den Peer-Ansatz bei einem Leistungserbringer zu prüfen und ggf. modellhaft mit einer Assistenz zu erproben sowie eine Intervision unterschiedlicher KoKoBe-Standorte zu überlegen.

Frau Detjen bittet zudem um eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, um das Instrument in den Kommunen bekannter zu machen. **Frau Scho-Antwerpes** bittet, für die Peer-Beratung auch verstärkt bei den Wohlfahrtsverbänden zu werben.

Frau Schäfer bittet um Erläuterung, wie sich die Förderung der Peer-Beratung in Höhe von 40.000 Euro zusammensetze. **Herr Lewandrowski** erläutert, dass 80 % für Personalaufwendungen eingesetzt werden könnten. Dabei solle der Anteil der Peer-Koordination nicht mehr als i.d.R. 0,25 % einer Vollkraftstelle betragen. Die weiteren Personalausgaben finanzierten die Peer-Beratung oder Support-Leistungen an sich. Es erfolge eine Spitzabrechnung, ggf. würden Fördermittel zurückerstattet.

Der Sozialausschuss fasst **mehrheitlich** gegen die Stimme der AfD-Fraktion folgenden **empfehlenden** Beschluss:

1. Dem weiteren Ausbau der Peer-Beratung bei den KoKoBe im gesamten Rheinland bis Ende 2025 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1394 zugestimmt.
2. Den Fördergrundsätzen für die Peer-Beratung bei den KoKoBe wird gemäß Vorlage Nr. 15/1394 zugestimmt.

Punkt 3.4

Abschlussbericht zum Projekt Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) Teilprojekt BTHG 106+

Vorlage Nr. 15/1388

Der Abschlussbericht zum Projekt "Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) Teilprojekt BTHG 106+" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1388 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Projekt "Digitales Dezernat 7"

Vorlage Nr. 15/1362

Herr Knips berichtet ausführlich zum Projekt. Übergeordnetes Ziel des Projektes „Digitales Dezernat 7“ sei die Schaffung möglichst vollständiger digitaler Workflows für die Arbeits- und Geschäftsprozesse der Sozial- und Eingliederungshilfe: vom digitalen Posteingang über die ortsvariable, digitale Bearbeitung der Vorgänge bis hin zur digitalen Rückmeldung. Eine flächendeckende und möglichst vollständige Digitalisierung der Arbeits- und Geschäftsprozesse solle allen Beteiligten zu Gute kommen – vor allem aber den Kund*innen und den Mitarbeiter*innen des LVR-Dezernates „Soziales“. Somit seien die angestoßenen Veränderungsprozesse als Investition in die Zukunftsfähigkeit des LVR-Dezernates „Soziales“, aber auch für der Landschaftsverband Rheinland insgesamt anzusehen.

Herr Pohl freut sich sehr, diesen Prozess mit begleiten zu können und bittet, laufend über das Projekt zu berichten. **Frau Schmerbach** schließt sich dem Wunsch an.

Herr Nabbefeld, Frau Detjen, Herr Dr. Grumbach und **Herr Renzel** danken der Verwaltung für die sehr gute Beschreibung des Projektes und bitten bei dem Zwischenbericht, die Stichworte „Schutz vor Angriffen“, „Grad der Digitalisierung“, „Resilienz/Souveränität“, „Nutzer*innenfreundlichkeit (für Kunden und Mitarbeitende gleichermaßen) und „Führung auf Distanz“ zu berücksichtigen sowie auch die Nachteile der Digitalisierung in den Blick zu nehmen. Bei dem Digitalisierungsprozess solle nicht vergessen werden, dass der Mensch, vor allem auch der Mensch mit Behinderung, im Mittelpunkt stehe.

Herr Lewandrowski weist darauf hin, dass bereits jetzt die Möglichkeit bestehe, Anträge auf Blindengeld digital zu stellen. Außerdem verweist er auf den Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023, Punkt 7.5 (s. Beschlussliste).

Die Vorlage Nr. 15/1362 zum Projekt "Digitales Dezernat 7" wird inklusive des Projektantrages zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation

Vorlage Nr. 15/1390/1

Die "Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1390/1 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Bericht über die Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeit als Zuverdienst

Vorlage Nr. 15/1420

Herr Dr. Schartmann berichtet, dass die Ausgestaltung der LVR-Beschäftigungsmöglichkeit als Zuverdienst bundesweit einmalig sei, da es sich um Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt handelt. Diese Leistung habe eine sehr

positive Auswirkung für die Menschen mit Behinderung, beispielsweise habe der LVR-Zuverdienst in einigen Fällen dazu geführt, dass andere EGH-Leistungen (vor allem Ambulant betreutes Wohnen) beendet werden konnten. Der LWL habe ein ähnliches Angebot, dies werde aber nicht in demselben Umfang genutzt wie beim LVR.

Herr Beyer berichtet ergänzend von einer Mitarbeiterin in der IBS, die dort im Rahmen des Zuverdienstes eine für sie passgenaue Arbeitsmöglichkeit gefunden habe und sich dort sehr wohl fühle. Sie sei zuletzt vom Zuverdienst in ein reguläres Arbeitsverhältnis beim LVR gewechselt.

Auf Nachfragen von **Frau Schäfer, Herrn Kox** und **Frau Schmerbach** erläutert **Herr Dr. Schartmann**, dass entweder der Mindestlohn oder aber Tariflohn gezahlt werde, dies sei Einstellungsvoraussetzung. Den Arbeitgebern würden regelmäßige Beratungsangebote durch das Fallmanagement angeboten. Sofern ein größerer Unterstützungsbedarf notwendig werde, könne auch der IFD eingeschaltet werden.

Der Bericht über die Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeit als Zuverdienst wird, wie in der Vorlage Nr. 15/1420 dargestellt, zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff SGB IX Vorlage Nr. 15/1418

Auf Nachfrage von **Herrn Pohl** berichtet **Herr Beyer**, dass es in den letzten Jahren mehr Anträge auf Erweiterung der Inklusionsbetriebe als Neugründungen gegeben habe. Zu beachten sei dabei, dass die Träger der Inklusionsbetriebe vielfach auch Träger der WfbM seien. Zudem mache sich auch hier der Arbeitskräftemangel bemerkbar.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX wie in der Vorlage Nr. 15/1418 dargestellt.

Punkt 8

Anpassung der Richtlinie des LVR-Landesjugendamtes Rheinland zur Anerkennung von Vormundschaftsvereinen gem. § 54 SGB VIII Vorlage Nr. 15/1326/1

Der Sozialausschuss nimmt die Ergänzungsvorlage Nr. 15/1326/1 Anpassung der Richtlinie des LVR-Landesjugendamtes Rheinland zur Anerkennung von Vormundschaftsvereinen gemäß § 54 SGB VIII und deren Inkrafttreten zum 01.01.2023 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 9

LVR-Europa-Projektförderantrag "Hellas II – Fortführung des professionellen Austausches und fachlichen Dialoges zur Verbesserung der Behindertenarbeit in Nordgriechenland-Thessaloniki" Vorlage Nr. 15/1366

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage Nr. 15/1366 zum LVR-Europa-Projektförderantrag "Hellas II – Fortführung des professionellen Austausches und fachlichen Dialoges zur Verbesserung der Behindertenarbeit in Nordgriechenland-Thessaloniki" ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 10
Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023
hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses
Vorlage Nr. 15/1414

Herr Lewandrowski erläutert den Mehrbedarf für 2023 in Höhe von 120 Mio. Euro, s. beigefügten Sprechzettel.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Punkt 11
Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 12
Anfragen und Anträge

Punkt 12.1
Anfrage: Fortbildung zum Prüfer / zur Prüferin Leichte Sprache
Anfrage Nr. 15/49 GRÜNE

Punkt 12.1.1
Beantwortung der Anfrage 15/49 GRÜNE

Die Beantwortung der Anfrage Nr. 15/49 GRÜNE wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 12.2
Errichtung eines Inklusionsbetriebes in der Abtei Brauweiler
Antrag Nr. 15/79 SPD, CDU

Der Sozialausschuss nimmt den Antrag Nr. 15/79 SPD, CDU ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 13
Bericht aus der Verwaltung

Herr Lewandrowski berichtet über einen Erlass des MHKBD sowie dessen Beantwortung durch die Landschaftsverbände zur Entwicklung der Eingliederungshilfe-Kosten der letzten 20 Jahre und zu den Anstrengungen der Landschaftsverbände, die Kosten zu begrenzen. Der Erlass sowie die Beantwortung beider Landschaftsverbände sei den Mitgliedern der Landschaftsversammlung zur Kenntnis gegeben worden.

Weiterhin berichtet er über eine Resolution des LWL vom 20.12.2022. Der LWL habe das Land NRW und den Bund aufgefordert, sich an einer aufgabenadäquaten Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Teilhabe für alle durch Inklusion zu beteiligen. Die Resolution sei nicht mit dem LVR abgesprochen gewesen. Herr Lewandrowski bedauert

es, da die Resolution inhaltlich richtig sei und dies eine Chance für ein einheitliches Auftreten der beiden Landschaftsverbände gewesen wäre.

Herr Lewandrowski berichtet über die Anhörung im Landtag NRW zu den Eckpunkten für eine Novellierung der öffentlichen Wohnraumförderung durch das Land NRW.

Außerdem berichtet er über den aktuellen Sachstand der Informationsreise des Sozialausschusses in die Niederlande vom 01.-03.03.23. Ein Entwurf des Programms ist beigelegt. Zu gegebener Zeit erfolgt ein Anschreiben an alle Teilnehmenden mit dem endgültigen Programm. **Die Vorsitzende** dankt allen Beteiligten für die Vorbereitung der Reise.

Punkt 14 **Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Solingen, den 07.02.2023

Die Vorsitzende

Z s a c k - M ö l l m a n n

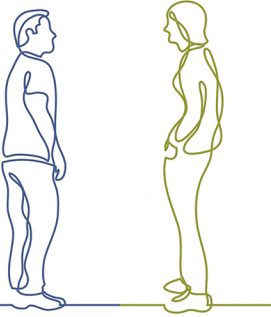
Köln, den 01.02.2023

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Peer-Beratung Köln

Beratung von Menschen mit Behinderung
für Menschen mit Behinderung



Aufgaben der Peer-Beratung

Wir bieten Peer-Beratung für alle Menschen mit Behinderung in jedem Alter an.

Wir bieten Einzel-Beratungen an. Diese Beratung kann an verschiedenen Orten stattfinden. Es ist auch eine Online-Beratung möglich.

Wir bieten Peer-Beratung auch mit Begleitung einer Fach-Kraft an.

Zudem führen wir Workshops und Informations-Veranstaltungen durch.

KoKoBe Köln

Die Peer-Beratung ist ein gemeinsames Projekt mit der KoKoBe in Köln.

KoKoBe bedeutet Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungs-Stelle für Menschen mit Behinderung.

Die KoKoBe gibt es 4 mal in Köln. Sie berät Menschen mit Behinderung, Angehörige und Fach-Leute. In der KoKoBe wird auch Peer-Beratung angeboten.

Die Beratung ist kostenlos. Die Beratungs-Stelle wird finanziert vom LVR.

Informationen unter <https://www.kokobe-koeln.de>



Kontakt zur Peer-Beratung

KoKoBe Köln Mülheim – Peer-Beratung
Berliner Str. 140 – 158
51063 Köln
E-Mail: peer-beratung@kokobe-koeln.de
Internet: kokobe-koeln.de/peer-beratung

Die Beratung kann an verschiedenen Orten stattfinden.

Wer ist für Sie da?

Claudia Lange (Montag bis Donnerstag)
Tel.: 0175 - 34 63 35 9

Tanja Bauer (Freitag)
Tel.: 0151 - 65 01 25 92

So können Sie uns erreichen:

Halte-Stelle Berliner Straße mit der Bahn

- Linie 4 mit dem Bus
- Linie 104, 151, 152, 155, 156



Stand: Juli 2022

Das ist Peer-Beratung

Professionelle Fach-Kräfte wissen über viele Themen gut Bescheid. Deshalb können sie Menschen mit Behinderung beraten. Fach-Kräfte wissen aber nicht, wie das Leben mit einer Behinderung ist.

Bei der Peer-Beratung berät ein Mensch mit Behinderung einen anderen Menschen mit Behinderung.

Beide haben vielleicht ähnliche Erfahrungen in ihrem Leben gemacht. Sie haben vielleicht viele Gemeinsamkeiten. Sie sprechen miteinander auf Augen-Höhe.

Unser Peer-Beratungsteam



Pascal Schmacher
Ich habe den Schritt aus dem Elternhaus in eine tolle WG geschafft. Ich will anderen Menschen Mut machen.



Marc Mertens
Ich arbeite mit meiner Seh-Behinderung als Koch und wohne selbständig. Ich möchte Menschen dabei unterstützen, auch selbstständig zu werden.



Bernd Küpper
Ich habe es geschafft, wieder Spaß an meinem Leben zu haben. Ich helfe Menschen dabei, herauszufinden, was ihnen wirklich gut tut.



Tanja Bauer
Ich bin mit meinem E-Rolli gut unterwegs. Ich möchte andere Menschen dabei unterstützen, ihren eigenen Weg zu finden.



Natasha Klein
„Ich helfe Menschen in verschiedenen Projekten ehrenamtlich. Ich möchte anderen Menschen mit Handicap den Weg zum Ehren-Amt zeigen.“



Achim Schuster
Ich wohne in einer WG und arbeite in einem Cafe. Ich möchte Mut machen, möglichst selbstständig zu wohnen und den Schritt auf den 1. Arbeits-Markt zu wagen.



Max Andrzejewski
Ich arbeite im Rahmen eines Außen-Arbeitsplatzes in einem Büro. Ich möchte Menschen ermutigen, außerhalb der WfbM zu arbeiten.



Vanessa Steinert
Ich wohne in einer eigenen Wohnung mit 24 Stunden Assistenz. Ich lebe die Inklusion! Mein Ziel ist es, andere Menschen zu ermutigen ein Leben zu führen, wie sie das möchten.

Unsere Beratungs-Themen

Wohnen

- Wie möchte ich wohnen?
- Wie kann ich meinen Eltern erklären, dass ich ausziehen möchte?
- Wer kann mich bei der Planung unterstützen?

Arbeit

- Welche Arbeit passt zu mir?
- Wie kann ich mit meiner Behinderung einen guten Arbeits-Platz finden?
- Was kann mir bei der Arbeit helfen?

Freizeit

- Wo kann ich andere Leute treffen?
- Was kann ich in meiner Freizeit machen?
- Wie komme ich alleine zum Freizeit-Treff?

Selbständig werden

- Wie kann ich mit meiner Behinderung selbständiger leben?
- Wie kann ich das lernen?
- Wie haben Andere das geschafft?

Sprechzettel Vorlage 15/1414: Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023

Dezernat 7: 120 Mio. €

| Zusätzliche Kosten: | Effekt in Mio. € |
|--|------------------|
| TVöD 2023 | 52 Mio. € |
| Ursprünglich im Haushalt: + 2 % Neue Annahme: 4 % (Forderung der Gewerkschaften: 10,5 %) | |
| Inflation 2022/2023 | 27 Mio. € |
| Ursprünglich im Haushalt: + 2 % Neue Annahme: 8 % (Prognose 2022 lt. Destatis: 8,6%) | |
| Sozial- und Erziehungsdienst 2022 | 32 Mio. € |
| Kosten laut VKA: 3,66 % (zzgl. Regenerationstage + Wohnzulage) Für ca. 1/3 der Mitarbeitenden der Leistungserbringer relevant | |
| Fallzahlen BeWo | 13 Mio. € |
| Anstieg bei den kostenintensiven AKF-Fällen nach dem Zuständigkeitswechsel zum 01.01.2020 | |
| Zusätzliche Erträge: | Effekt in Mio. € |
| GFG: Investpauschale Eingliederungshilfe | 4 Mio. € |
| Zuschuss des Landes wurde erhöht | |

Entwurf Programm der Informationsreise 01.-03.03.2023

Mittwoch, 01.03.2023

- 07.15 Uhr** Treffen in Köln-Deutz
- 07.30 Uhr** Abfahrt mit einem Bus von Rheinland-Touristik nach Arnheim
- 10.00 Uhr** Ankunft in Arnheim bei Het Dorp/Siza (Einrichtung für Menschen mit Behinderung)
Vorstellung des Konzepts, Besichtigung des Technologiehauses (Dolmetscher).
Anschließend: Mittagsimbiss
- 14.00 Uhr** Besichtigung eines inklusiven und sozialraumorientierten Wohnangebots von Siza
- 16.00 Uhr** Weiterfahrt nach Amsterdam
- 18.00 Uhr** Einchecken im Hotel: Motel One Amsterdam-Waterlooplein
- 19.00 Uhr** Abendessen im Restaurant de Jaren

Donnerstag, 02.03.2023

- 08.00 Uhr** Abfahrt nach Den Haag
- 09.00 Uhr** Ankunft im Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport
Vorstellung der niederländischen Sozialgesetzgebung/Finanzierung (Dolmetscher)
Mittags: Imbiss/Fingerfood
- 13.00 Uhr** Rückfahrt nach Amsterdam
- 14.00 Uhr** Buurtzorg: Buurtzorg NL bietet Unterstützungsleistungen vor allem älteren Menschen und Menschen mit körperlichen Behinderungen an, die nicht funktionsorientiert ist, sondern sich nach den täglichen Wünschen und Bedarfen des zu betreuenden Menschen richtet. Vorstellung des Konzepts und der Arbeitsweise der Organisation.
- 16.30 Uhr** Ende des Vortrags und freie Zeit bis zum Abendessen
- 19.00 Uhr** Abendessen im Restaurant Olijfje

Freitag, 03.03.2023

- 08.00 Uhr** Abfahrt nach Münster
- 11.00 Uhr** Ankunft in Münster bei Buurtzorg, Münster, und Austausch, wie sich das Unterstützungskonzept Buurtzorg NL im Kontext des gegliederten Systems der sozialen Sicherung in Deutschland umsetzen lässt.
anschließend Imbiss in der Kantine
- 14.00 Uhr** Rückfahrt nach Köln
(Fahrzeit ca. 2 Stunden)